Größte Dresdner Morgenzeitung

Verlagsort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Amtsh. 10 Rpf
A außerhalb 15 Rpf

Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Ist das für seinen Verbreitungsbezirk behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen, der Reichsbauämter und der Dienststellen

Bezugspreis: monatl. 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf. Vertriebsanschlußgeb. bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einschl. 52,22 Rpf. Zeitungsgeb. (zuzügl. 42 Rpf. Bestellgeld). Bei Abholung in unsr. Geschäftsstellen 2 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühr oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 275. Freitag, 2. Oktober 1936

Anzeigenpreise lt. amtl. Preisl. Nr. 14. Anzeigenschl. am Tage vor Ersch. 15 Uhr, f. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg. sonnabends 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH., Dresden-A. 1, Wettinerstr. 10. Postscheckkonto Dresden 30173. Geschäftsst. 8—18 Uhr. Sprechz. d. Schriftleitung 11—12 Uhr außer sonnabends. Fernruf Sammelruf 25801 u. 25281

Antibolschewistische Liga in Ungarn

General Franco dankt Rudolf Heß — Geplänkel zwischen Pariser Kammer und Senat

Wehrpflicht und Arbeitsdienst gefordert

Budapest, 2. Oktober.

Am Donnerstagabend wurde in den Sälen der Budapester Redoute eine eindrucksvolle antibolschewistische Kundgebung abgehalten, die von der Christlichen Wirtschaftspartei und den nationalen Studentenverbänden einberufen worden war. Unter stürmischem, lang anhaltendem Beifall wurde von der Versammlung die Bildung einer einheitlichen antibolschewistischen Front aller national eingestellten Kräfte, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und schließlich die Schaffung eines allgemeinen, staatlichen Arbeitsdienstes gefordert.

Als einer der Abgeordneten auf die Ereignisse in Spanien hinwies und hierbei der Helden vom Alkazar gedachte, erhob sich die tausendköpfige Versammlung und brach zu Ehren der tapferen Kämpfer von Toledo in minutenlangen stürmischen Jubel aus.

Der Präsident der Christlichen Wirtschaftspartei, Ctillery, forderte, immer wieder von begeistertem Beifall unterbrochen, die geschlossene nationale Front gegen den Bolschewismus und wandte sich hierbei scharf gegen die Machenschaften der Marxisten. Ctillery richtete an die Regierung die Aufforderung, unverzüglich die Sozialdemokratische Partei aufzulösen. Ein weiterer Redner forderte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Ungarns zu Sowjetrußland und erklärte, daß die Budapester sowjetrussische Gesandtschaft den Stützpunkt kommunistischer Umtriebe bilde. Als der Präsident Ctillery in seinen Ausführungen auf das Ueberwuchern des jüdischen Einflusses in Ungarn hinwies und auf die Tatsache aufmerksam machte, daß der ungarische Landbesitz zu einem großen Teil in jüdischen Händen sei, brach die Versammlung in stürmische antijüdische Rufe aus.

Zum Schluß der außerordentlich bewegten Kundgebung wurde von Präsident Ctillery die Gründung der „Antibolschewistischen ungarischen Liga" bekanntgegeben und zum allgemeinen Beitritt aufgefordert.

Es soll ein Zentralbüro der Liga geschaffen werden mit der Aufgabe, die kommunistische Bewegung zu beobachten, die nationalen Kräfteorgane über die bolschewistische Gefahr aufzuklären und die Behörden auf alle Bewegungen der kommunistischen Weltorganisation aufmerksam zu machen.

Kabinettsumbildung in Ungarn?

Die ungarische Regierung hat am Mittwoch ein Versammlungsverbot erlassen, das mit aller Strenge durchgeführt werden soll. Man nimmt an, daß die Regierung durch diese Maßnahme wichtige innenpolitische Ereignisse vorbereiten will, die durch die schon Monate währende Krankheit des Ministerpräsidenten Gömbös augenscheinlich nicht mehr aufzuhalten sind.

Für den Fall, daß die Neubildung der Regierung nicht zu vermeiden ist, kann man als ziemlich sicher annehmen, daß der gegenwärtig mit der Stellvertretung des Ministerpräsidenten beauftragte Landwirtschaftsminister von Darányi an der Spitze des neuen Kabinetts stehen wird.

(Die oben erwähnte antibolschewistische Versammlung wurde mit Rücksicht auf das Verbot in Form eines Rechenschaftsberichts der Reichstagsabgeordneten" abgehalten.)

Ungarische Demonstrationen in Genf

Die Völkerbundsversammlung beschloß am Donnerstag gemäß dem Vorschlag ihres Präsidiums, den dritten Ausschuß (für Abrüstungsfragen) einzusetzen. Der ungarische Vertreter, General Tanczos, benutzte dies, um die Forderungen seines Landes auf Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen vor aller Oeffentlichkeit zu unterstreichen. Er erklärte: „Angesichts der Haltung, die verschiedene Mächte grundsätzlich zu der Frage der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen einnehmen, sieht sich die ungarische Abordnung, wenn sie auch die großzügigen und lobenswerten Absichten, die sicherlich die Urheber des Vorschlages beseelt haben, würdigt, zu ihrem größten Bedauern gezwungen, sich einer Teilnahme an den Arbeiten der dritten Kommission zu enthalten."

Der Weg zum Soldaten

Von Obergebietsführer Dr. Stellrecht

Dem soeben im Verlag Mittler & Sohn, Berlin, erschienenen Buch des bekannten HJ.-Führers über „Die Wehrerziehung der deutschen Jugend" entnehmen wir mit Erlaubnis des Verlages folgenden grundsätzlich gehaltenen Abschnitt.

Es gibt keine Gleichheit, sondern nur eine große Ungleichheit, und für nichts sind die Menschen ungleichwertiger als für das Soldatsein. Die Begabung für die verschiedenen Berufe ist schon sehr verschiedenartig, wobei diese Berufe noch keine charakterliche Voraussetzungen machen; ganz im Gegensatz zum Soldatenberuf, der ein Höchstmaß von Mut, Hingabe, Treue Einordnung und Härte verlangt.

Wie lagen die Dinge bisher? In der allgemeinen Wehrpflicht der Vorkriegszeit hat man den zum Soldaten gemacht, der nach dem Urteil des Arztes dafür tauglich erschien. Dieses Urteil wurde in einer Untersuchung von wenigen Minuten gewonnen. Tauglich hieß dabei nicht, daß der Untersuchte bestimmte körperliche Leistungen aufwies, sondern daß er nicht mit bestimmten körperlichen Fehlern oder Gebrechen behaftet war, oder daß diese wenigstens nur ein bestimmtes Ausmaß erreichten. Man hat auch Leute tauglich gesprochen, die zum 100-Meter-Lauf 18 Sekunden brauchten und es im Weitsprung auf 2,5 Meter brachten.

Man hat nicht allein die als Soldaten ausgehoben, die geistig zum Kampfe tauglich sind, sondern nach der herrschenden Ansicht konnten auch geistig Beschränkte Soldat werden und sind es auch geworden.

Man hat nicht nur den charakterlich Vollwertigen zum Soldaten gemacht, sondern nach der herrschenden Ansicht und der herrschenden Untersuchungsmethode konnten auch charakterlich Minderwertige Soldat werden und sind es auch geworden.

Man hat nicht allein die zum Soldaten gemacht, die einsatz- und opferbereit waren, sondern es konnten auch Männer, die im Haß gegen ihr eigenes Volk, gegen ihren Staat standen, Soldat werden und wurden es auch.

Jede Kompanie, jede Batterie war einst solch eine bunte Mischung von körperlich wirklich Tauglichen und Untauglichen, von geistig Minderwertigen und Vollwertigen, von moralisch Defekten und moralisch Hochstehenden, von Leuten, die für Deutschland kämpfen wollten, und Leuten, die gegen Deutschland kämpfen wollten, sobald sich die Gelegenheit dazu bot.

Das ist kein Vorwurf gegen das Heer, sondern gegen den Liberalismus, der seit der Französischen Revolution die Einrichtungen jedes europäischen Staates beeinflußt hat. Es bleibt aber ein dauerndes Verdienst des Heeres, aus solchen Menschenzusammenstellungen, die grotesk, ja irrsinnig erscheinen, das gemacht zu haben, was eine deutsche Kompanie, eine deutsche Batterie im Kriege gewesen ist.

Wie war dies überhaupt möglich?

Es dominierte eine gestaltende Idee, getragen von den Führern und von dem besten Teile der Mannschaft. Die andern ordneten sich ihr unter, folgten dem Gesetz der Sitte oder dem Zwang. Sie mußten aber dem eigenen Gesetz folgen, sobald die Sitte mit dem Tod der Besten sich lockerte und der Zwang für die auf sich selbst Gestellten fiel. Aber sobald dies geschah, zeigte sich gleichzeitig für sie ein neuer Weg. Sie benutzten die Auflockerung nicht, um an der Front sich schlecht zu benehmen und dort gegen den Staat vorzugehen. Nein, nachdem

Mühevolles Kompromiß in Paris

Langes hin und her der französischen Parlamente um die Währungsvorlage

Paris, 1. Oktober

Der französische Senat trat am Donnerstagvormittag erneut zusammen, um vom Finanzminister das von der Kammer im Laufe der Nachtsitzung wieder abgeänderte Währungsgesetz entgegenzunehmen. Die Vorlage wurde sofort an den Finanzausschuß verwiesen und die Sitzung unterbrochen, um diesem Ausschuß die Möglichkeit zu geben, sich noch einmal mit ihr zu befassen und möglicherweise eine Kompromißformel auszuarbeiten.

Der Finanzausschuß nahm dann auch folgenden Vermittlungsvorschlag an, der an die Stelle der hart umstrittenen Artikel über die Vollmachten zum Kampfe gegen die Preissteigerung treten soll:

Falls vor dem 31. Dezember 1936 eine fühlbare Steigerung der Lebenshaltungskosten im Verhältnis zum 1. Oktober 1936 erfolgt, kann die Regierung auf Grund eines Gutachtens des nationalen Wirtschaftsrates durch Verordnung des Staatsrates ein Vermittlungs- und ein verbindliches Schiedsspruchverfahren einleiten, um die Arbeitsstreitigkeiten zu regeln, die auf diese Preissteigerung zurückzuführen sind und sich auf die Anwendung der Lohnbestimmungen der Einheitsrahmenverträge beziehen.

Die Regierung hat ebenfalls auf Grund eines Gutachtens des vom Gesetz als zuständig bezeichneten Organs eine Aenderung der Preise derjenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse durchzuführen, die einer Steuer unterliegen. Die erwähnten Verordnungen werden ungültig, falls sie nicht binnen sechs Monaten von den beiden Kammern gebilligt werden.

Der Senat, der seine Sitzung um 12.20 Uhr wieder aufnahm und bis 13.20 Uhr tagte, nahm diese neue Fassung mit der einzigen Aenderung an, daß ein Ausgleichs- und verbindliches Schiedsgerichtsverfahren nicht nur im Falle von Arbeitsstreitigkeiten, sondern schon im Falle von Meinungsverschiedenheiten erfolgen soll.

Die Regierung einverstanden

Der Wortlaut des Vermittlungsvorschlages, an dessen Ausarbeitung Staatsminister Chautemps weitgehend beteiligt war, stellt eine Annäherung zwischen der Forderung der Kammer dar, daß die Regierung weitgehende Vollmachten zur Bekämpfung der Preissteigerung erhalten solle, und der Ansicht des Senats, wonach die Regierung auf alle Fälle daran gehindert werden müsse, zu weitgehende Zugeständnisse an einzelne Bevölkerungsschichten zu machen.

Nachdem der Senat die Gesetzesvorlage in der abgeänderten Form angenommen hatte, wurde die Sitzung aufgehoben und die Vorlage an die Kammer zurückgewiesen. Die Regierung erklärte sich mit der Fassung der Vorlagen einverstanden, die das Ergebnis der Ausgleichsverhandlungen des Senats darstellen.

Noch einmal zurück an den Senat

Die französische Kammer, die bereits am Vormittag getagt hatte, trat am Donnerstag gegen 14.30 Uhr erneut zusammen. Zunächst wurde die Aufhebung der Notverordnungen über die zehnprozentige Kürzung der Kriegsteilnehmerpensionen beschlossen. Hierauf nahm die Kammer eine Reihe finanzpolitischer Vorschläge an. Der Finanzminister wurde u. a. ermächtigt, Verhandlungen mit dem Crédit Foncier zwecks Bereitstellung von drei Milliarden Franken für das französische Schatzamt aufzunehmen. Die Sitzung wurde sodann bis 16 Uhr unterbrochen, um dem Finanzausschuß Gelegenheit zu geben, sich mit dem vom Senat abgeänderten Währungsgesetz zu befassen.

Nach der Wiedereröffnung der Vollsitzung erklärte der Berichterstatter des Finanzausschusses, der Ausschuß billige die vom Senat angenommene Fassung unter der Voraussetzung, daß die ursprünglich vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen für die Kleinrentner und gewisse andere Volksschichten in Sondergesetzen sichergestellt würden.

Die Kammer trat schließlich in die artikelweise Lesung ein. Dabei wurde die Vorlage in der vom Senat abgeänderten Form mit 354 gegen 217 Stimmen angenommen. Eine

Fortsetzung auf Seite 2

Der Schilling bleibt stabil

Wien, 2. Oktober.

Der österreichische Bundesminister für die Finanzen, Dr. Draxler, und der Präsident der Nationalbank, Dr. Kienböck, veröffentlichen durch die amtliche Nachrichtenstelle folgende Erklärung:

„Nach sorgfältiger Prüfung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Oesterreichs und der möglichen Rückwirkungen der im Auslande getroffenen währungspolitischen Maßnahmen auf die heimischen Wirtschaftsinteressen sind wir zum Ergebnis gekommen, den Gedanken einer Abwertung des Schilling entschieden abzulehnen."

Der Präsident der ungarischen Nationalbank, Imredy, hat die Erklärung abgegeben, daß die Frage der Währungsabwertung Ungarn nicht berühre. Es seien lediglich gewisse technische Maßnahmen notwendig geworden, die ohne jede Erschütterung oder Störung des Wirtschaftslebens durchgeführt werden könnten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19361002/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG